Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 10,50 M., monatl. 45,— M., vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abholer 40,— M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: J. V. Walther Victor, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 1,— M., abends sowie Sonn- und Festtags 1,50 M.

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 13,— M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau“.
Arbeitsmarkt 6,—, private Familienanzeigen 5,50 M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 7,— M.
Reklamezeile 60,— M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 276. Freitag, den 16. Juni 1922 — Abend-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Das Kernstück der Groß-Hamburg-Frage.

Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht in ihrer Nr. 274 eine ihr „von unterrichteter Seite“ zugegangene Mitteilung, in der ausgeführt wird, Preußen habe sich bereit erklärt, alles zur Hafenerweiterung nachgewiesenermaßen erforderliche Gebiet an Hamburg abzutreten und sei auch gewillt, den Geestrücken an der Bille, ein ausgezeichnetes Siedlungsland in Größe von 3000 Hektar, zur Ansiedlung von Arbeitern Hamburg zuzuweisen. Es dürfte sich daher jedes zeitraubende und zweckwidrige Feilschen um die Notwendigkeit und das Ausmaß von Gebietsabtretungen erübrigen.

Weiter führt die Zuschrift der „Tägl. Rundschau“ aus:

„Es gewinnt jedoch den Anschein, als ob Hamburg durch die von Preußen zugesicherte Erweiterung seiner Häfen nicht befriedigt ist. Es begehrt aufs dringlichste die bisher von Preußen abgelehnte Abtretung Wilhelmsburgs und hat erklärt, daß ohne sie eine Lösung der Groß-Hamburg-Frage nicht möglich sei. Die Existenz dieser südlich von Hamburg gelegenen Elbgemeinde mit etwa 31 000 Einwohnern ist bisher verhältnismäßig wenig bekannt. Und doch hat sie nicht nur in der Groß-Hamburg-Frage, sondern auch in der deutschen Volkswirtschaft eine große Bedeutung. Es gibt in Deutschland kein zweites Gebiet, das sich wie Wilhelmsburg zur Ansiedlung von Industrien, insbesondere Veredlungsindustrien, eignet. An seeschifftiefem Wasser gelegen, kann es mit verhältnismäßig geringfügigen Mitteln durch Ausbau seiner natürlichen Wasserstraßen und durch Anlegung von Kanälen und Stichkanälen in großzügiger Weise für eine Industriesiedlung größten Stils aufgeschlossen werden. Schon jetzt sind dort rund 50 größere industrielle Werke ansässig, darunter einige von internationalem Ruf. „Jede Verwendung der hochwertigen Insel für andere Zwecke wäre eine Versündigung an der deutschen Volkswirtschaft.“ (Stadtbaurat a. D. Beuster in der „Bauwelt“ vom 18. Mai 1922.) Dieses Gebiet aufzuschließen und zu industrialisieren und damit gewisse Unterlassungen der Vergangenheit wieder gutzumachen, ist Preußen gewillt und in der Lage. Hamburg aber verlangt Wilhelmsburg von Preußen in erster Linie zur Ansiedelung seiner Hafenarbeiter in Kleinsiedlungshäusern, zum Teil will es auch die Niederlassung von Industrien zulassen. So wünschenswert es an sich wäre, den Arbeitern des Hafens nahegelegene moderne Wohnquartiere zu verschaffen, so undurchführbar ist der Plan in der Wirklichkeit. Auf dem moorigen Gelände der Insel muß jedes noch so kleine Haus entweder auf einer durch Sandaufschüttung gewonnenen Warf aufgeführt oder auf tief zu gründende Pfahlröste gestellt werden, will man ein Versacken verhüten. Hamburg sagt in seiner Denkschrift vom September 1921 (Seite 37) selbst mit klaren Worten, daß die Marsch — und Wilhelmsburg ist Marsch — als Wohngebiet nicht geeignet ist. Schon die Kostenfrage hinsichtlich der Fundamentsicherung müßte Hamburg in ganz kurzer Zeit von seinem Vorhaben abbringen; in Wilhelmsburg selbst, wo man, durch mancherlei böse Erfahrungen klug geworden, die dort mögliche Bauweise naturgemäß am besten kennt, hält man Hamburgs Absichten für völlig undurchführbar. Der ablehnende Standpunkt Preußens ist daher verständlich.

Er stützt sich aber auf noch weit wichtigere Gründe. Die Industrie, deren Belastung durch die ständig steigenden Transportkosten immer größer wird, ist auf der Wanderung nach dem betriebsgünstigsten Standorte, nach der Wasserkante. Erschließt Preußen Wilhelmsburg, das zukunftsreichste Industriegebiet Deutschlands, so kann es durch eine planmäßige Industriepolitik die Gefahren für andere Industriebezirke fernhalten, während Hamburg, das übrigens auf Billwärder umfangreiches Industriegelände besitzt, zu einer solchen Industriepolitik keine Veranlassung hätte; es beabsichtigt ja jetzt erst, die Industrie, die es in der Vergangenheit absichtlich ferngehalten hat, an sich zu ziehen. Dabei braucht auf die wahrscheinlich von Hamburg beabsichtigte Einbeziehung des Industriegebiets von Wilhelmsburg in das Hamburger Freihafengebiet gar nicht eingegangen zu werden; sie würde auf die Veredlungsindustrie anderer Bezirke in Deutschland geradezu katastrophal wirken.

Hamburg hat als See- und Handelsstadt, Preußen als Industriestaat den Befähigungsnachweis erbracht. Der Standpunkt Preußens, Wilhelmsburg, das für Hafenerweiterungen nicht in Frage kommt, zu behalten und selbst zu industrialisieren, erscheint daher einwandfrei und entspricht nach jeder Richtung dem deutschen Reichsinteresse.“

Wir möchten hierzu bemerken, daß diese Mitteilungen nach verschiedener Richtung hin der Korrektur bedürfen. Zunächst glauben wir nicht, daß Preußen ohne jede Gegenleistung — wie man das nach den obigen Ausführungen annehmen müßte — das zur Hafenerweiterung unbedingt erforderliche Gelände und dazu noch den Billwärder Geestrücken an Hamburg abtreten will. Bisher war immer davon die Rede, daß Hamburg dafür seine Walddörfer und außerdem Moorburg an Preußen abtreten solle. Wollte Preußen wirklich auf solches für Hamburg unannehmbare Handelsgeschäft verzichten, so wäre sicherlich die Groß-Hamburg-Frage ihrer Lösung bedeutend näher gerückt. Es bliebe dann noch die Frage, was aus Wilhelmsburg, dem „Kernstück“ Groß-Hamburgs, werden soll. Richtig ist, daß die Besiedlung mit Arbeiterwohnhäusern im Marschgebiet nicht empfehlenswert ist, sondern nur als Notbehelf in Frage kommen kann. Daß aber die Elbinsel Wilhelmsburg in ihrer ganzen Ausdehnung als Wohngebiet völlig ungeeignet sei, wie es der Artikel in der „Tägl. Rundschau“ darzustellen beliebt, wird schon durch die Tatsache widerlegt, daß heute bereits mehrere tausend Menschen dort wohnen, zum Teil in großen Mietskasernen. Hat Preußen diese unzweckmäßige Bebauung der Insel in vergangenen Zeit nicht gehindert, so ist schwer zu glauben, daß es in Zukunft anders würde, wenn Wilhelmsburg preußisch bliebe. Hamburg hat Anspruch auf Wilhelmsburg erhoben, weil die Insel mit dem hamburgischen Hafengebiet eine wirtschaftliche Einheit bildet und weil die Bewohner Wilhelmsburgs „zu 95 %“ selbst den Anschluß an Hamburg dringend wünschen. Dieser Wille der Bevölkerung wird von Preußen dauernd vergewaltigt, und nach der obigen Zuschrift soll die Vergewaltigung fortgesetzt werden. Es bliebe dann aber Hamburg allerdings nichts weiter übrig, als mit gleicher Rücksichtslosigkeit sich über die Interessen seiner preußischen Nachbargemeinden hinwegzusetzen. Da der Billwärder Geestrücken als Siedlungsgebiet für die Hafenarbeiter wegen der weiten Entfernung keinen Wert hätte, müßte Hamburg dazu übergehen, seine Exklave Moorburg als Wohngebiet zu bebauen und damit würde dem Harburger Hafen jede Ausdehnungsmöglichkeit genommen. Den Schaden von einer solchen „Lösung“, wie sie jetzt Preußen anzustreben scheint, würden also in erster Linie die preußischen Gemeinden des Groß-Hamburg-Gebietes zu tragen haben, während Hamburg, wie sein erst jetzt wieder von der Bürgerschaft einstimmig bewilligter Hafenerweiterungsplan beweist, auch in Zukunft alles daran setzen wird, sich als „Seetor Mitteleuropas“, als größte der freien Welthafenstädte, zu behaupten. Preußens böser Wille, die Entwicklung Hamburgs zur Industrie- und Handelsstadt zu hemmen, wird nur die Anstrengungen verdoppeln, diese Entwicklung doch zu fördern, von der bei vernünftiger Haltung der preußischen Regierung das gesamte Reich, vor allem aber die preußischen Nachbargebiete Hamburgs selbst den größten Vorteil haben könnten.

*

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, daß bei der Aussprache der Bürgerschaft über die Hafenerweiterungsbauten am letzten Mittwoch der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion bereits die Notwendigkeit betont hat, alle in der Nähe des Hafens liegenden, für Wohnungsbauten irgendwie geeigneten Gebiete (dazu gehört in erster Linie Moorburg) nun auch bald für diesen Zweck zu erschließen. Nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht führte Genosse Perner in diesem Teil seiner Rede folgendes aus:

„Soweit aber die Hamburger Wünsche dort (bei den Verhandlungen in der Groß-Hamburg-Frage) nicht auf Befriedigung rechnen können, wird es doch notwendig sein, in der Nähe des Hafens die für Wohnungsbauten irgendwie geeigneten Gebiete doch nun auch bald dafür zu erschließen und auch für diesen Zweck den Hamburger Kredit bis aufs äußerste anzuspannen. Weiter aber werden die Industriellen, die ja so freigebig sind, wenn es sich um die Erweiterung ihrer Unternehmungen handelt, auch mit für die nötigen Verkehrserleichterungen sorgen müssen. Wir haben wiederholt dagegen Einspruch erhoben, daß die Arbeiter durch die Kosten des Verkehrs allzusehr belastet werden. Ich erinnere an die Abgabe, die beim Elbtunnel geplant war. Solche Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, wird nicht angängig sein. Kann die Industrie so große Opfer bringen für die Fabrikanlagen, dann muß sie auch Opfer bringen dafür, daß die Arbeiter dorthin gelangen können.“

Auch in diesen Fragen besteht übrigens in der hamburgischen Bürgerschaft vollkommene Einmütigkeit, nur mit dem Unterschied, daß bei den Rechtsparteien eine gewisse Abneigung herrscht, die Unternehmer zur Kostendeckung für die infolge der weiten Entfernungen sehr kostspieligen Verkehrsanstalten heranzuziehen. Dagegen wird die Dringlichkeit der Errichtung von Arbeiterwohnungen in unmittelbarer Nähe des Hafens von allen Parteien anerkannt. Wenn die von bestimmten politischen Absichten eingegebene Aeußerung von Wünschen der deutschnationalen Fraktion in dieser Frage von uns zurückgewiesen wurde, so nicht wegen sachlicher Meinungsverschiedenheiten, sondern lediglich deshalb, weil wir nicht der von preußischer Seite verbreiteten Ansicht Vorschub leisten wollen, als ob Hamburg eben nur Handel und Schiffahrt treiben dürfe, die Industrie aber Preußen überlassen müsse.

Die Furcht vor der Wahrheit.

Beschlagnahme der Rede Vandervelde's in Moskau.

Aus Helsingfors wird uns geschrieben: Auf Verfügung des Chefs der Politischen Verwaltung beschlagnahmte die Moskauer Miliz in den Zeitungskiosken und bei den Zeitungsverkäufern die Rede Vandervelde's am ersten Prozeßtage, die als Einzelausgabe gedruckt worden war. Die Beschlagnahme wird offiziell dadurch begründet, daß die Rede entstellt und ihre Uebersetzung ungenau sei. Ungeachtet der strengen Maßnahmen, die getroffen wurden, um eine Verbreitung der Rede unter der Moskauer Bevölkerung zu verhindern, ist sie dennoch in Zehntausenden von Exemplaren in die Hände der Arbeiter gelangt. Die Arbeiter selbst haben für ihre Verbreitung auch in der Provinz Sorge getragen.

Der Sowjetregierung wird sicherlich weniger die „genaue Uebersetzung“, desto mehr aber die Furcht vor der Wahrheit bei ihrer Maßnahme am Herzen gelegen haben. Wie sie denn auch bisher überhaupt jede freie Meinungsäußerung unterdrückte.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

SPD. Berlin, 15. Juni.

Der kritische 31. Mai ist bekanntlich ohne Störung vorübergegangen. Die von der Sozialdemokratie empfohlene Methode, die scharfen Forderungen der Reparationskommission auf dem Wege von Verhandlungen herunterzudrücken, hat sich durchaus bewährt. Bekanntlich hatte die Reparationskommission ursprünglich gefordert, daß über die Einnahmen aus dem Finanzkompromiß hinaus im laufenden Jahr noch 60 Milliarden neuer Steuern geschaffen werden sollten. Sie hatte außerdem weitgehende Forderungen in der Richtung einer Finanzkontrolle gestellt. Die deutsche Regierung hat ihr darauf geantwortet, daß von 60 Milliarden neuen Steuern keine Rede sein könne und daß sie an der Souveränität des Deutschen Reiches festhalte. Ueber anderes ließe sich verhandeln. Und es wurde verhandelt. Im Laufe dieser Verhandlungen tauchte das Projekt einer großen von Amerika geführten Anleihe und einer gleichzeitigen Herabsetzung der deutschen Schulden mit überraschender Schnelligkeit auf, freilich ohne sofort zur Durchführung zu kommen. Das Projekt selbst ist aber nicht aufgegeben. Wenn es zunächst am Widerstand Frankreichs gescheitert ist, so ist es doch tatsächlich von der ganzen übrigen Welt gutgeheißen und begrüßt worden. Und in Frankreich selbst werden täglich die Stimmen zahlreicher und lauter, die erklären, daß die Isolierung der französischen Regierung gegenüber der ganzen Welt auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sein werde. Der Gedanke der Revision marschiert. Er marschiert schneller als selbst Optimisten bei der Annahme des Londoner Finanzdiktats im Mai vorigen Jahres gehofft hatten.

Da die Revision aber noch nicht vollzogen ist, muß die Reparationskommission weiter ihres Amtes walten. Die Ereignisse der letzten Zeit haben indessen es klar werden lassen, daß bei ihren Mitgliedern, ausgenommen die Franzosen, keineswegs die Absicht besteht, die Reparationsfrage bis zum Konflikt und zur Krise zu treiben. Den gemäßigten Absichten der Mehrheit der Reparationskommission entspricht auch der Inhalt der neuesten Note.

Die Note trägt in keiner Weise ultimativen Charakter. Sie verweist alles auf den Weg der Verhandlungen. Von 60 Milliarden neuer Steuern ist mit keinem Wort mehr die Rede. Es wird nur die Erwartung ausgesprochen, daß von der Zwangsanleihe, die bekanntlich in das Finanzkompromiß eingeschlossen ist, bis zum 1. Januar 1923 mindestens 40 Milliarden aufgebracht sein werden. Im übrigen läßt die Note den begreiflichen Wunsch erkennen, daß für die Fehlbeträge der Eisenbahn und der Post Deckung geschaffen und die Autonomie der Reichsbank sichergestellt werde, ohne daß jedoch neue Gesetze zur Durchführung dieser Forderungen verlangt werden. Wertvoll ist die Anerkennung der Tatsache, daß eine Beseitigung der Inflation der Beanspruchung der Notenpresse zurzeit noch nicht möglich ist, daß sie vielmehr erst durchgeführt werden kann, wenn die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht sein werden. Hier muß jedermann an das berühmte Gutachten des Anleihekomitees denken, nach dem eine Ordnung der deutschen Reichsfinanzen ohne Revision der finanziellen Bedingungen von Versailles und London nicht möglich ist. Die deutsche Regierung hatte bekanntlich ernsteste Bemühungen zur Beseitigung der Inflation in Aussicht gestellt für den Fall, daß die Aufnahme der großen Anleihe gelänge. Die Reparationskommission erkennt jetzt an, daß solche Bestrebungen ohne die große Anleihe, d. h. ohne Revision, aussichtslos bleiben müßten. Hier hat sich also eine Uebereinstimmung der Meinungen zwischen ihr und der deutschen Regierung herausgestellt.

Wenn jetzt die Rechtspresse schreit, die deutsche Regierung müßte diese neueste Note der Reparationskommission schlankweg und schroff zurückweisen, so nimmt sie sich damit wahrscheinlich selber nicht ernst. Sie will nur ihren leichtgläubigen Lesern gegenüber das Gesicht wahren. Eine besonders plumpe Fälschung der Tatsachen leisten sich einige Blätter, die die Dinge so darstellen, als ob das Garantiekomitee eine neu getroffene Einrichtung zur Kontrolle der deutschen Finanzen wäre und als ob die deutsche Regierung durch ihre Bereitschaft, mit diesem Komitee zu handeln, der ursprünglichen Forderung nach einer weitgehenden Finanzkontrolle restlos entgegengekommen wäre. So etwas kann man nur Leuten einreden, die nicht wissen, daß die Reparationskommission schon aus dem Friedensvertrag das Recht einer ziemlich weitgehenden Kontrolle besitzt und daß das Garantiekomitee als ihr untergeordnetes Organ schon seit dem Londoner Finanzultimatum besteht. Eine weitere Fälschung des Sachverhalts liegt darin, daß behauptet wird, die deutsche Regierung hätte alle Zugeständnisse, die sie in ihrer letzten Note machte, von dem Zustandekommen der großen Anleihe abhängig gemacht. Wer die Note gelesen hat, weiß, daß nur die bestimmten näher umschriebenen Bestrebungen zur Beseitigung der Inflation an die Voraussetzung der großen Anleihe gebunden waren. Es ist daher falsch, von einem weiteren Rückzug der deutschen Regierung zu sprechen.

Gewiß ist es keine Annehmlichkeit, mit einer Reparationskommission verhandeln zu müssen, auch wenn sie mildere Saiten aufzieht. Gewiß ist es ein drückender Zustand, daß diese Kommission uns mit ihren Ratschlägen und Wünschen bezüglich der Gestaltung unserer Finanzen dauernd verfolgen kann. Aber längst begreift jeder vernünftige Mensch, daß diese bitteren Folgen eines verlorenen Krieges nicht von heute auf morgen, sondern nur allmählich beseitigt werden können. Zu dem Ziel, die Härten des ententistischen Siegfriedens zu mildern und eine Revision der finanziellen Bestimmungen zu erreichen, hat sich die bisherige Politik durchaus auf dem richtigen Wege bewegt. Das erkennt man auch aus der neuesten Ergänzungsnote der Reparationskommission, wenn man sie im Zusammenhang mit ihrer Vorgeschichte betrachtet.

Die Krise im italienischen Sozialismus.

Innerhalb der italienischen Sozialdemokratie werden Vorbereitungen für große Auseinandersetzungen getroffen. Bekanntlich hat die sozialistische Kammerfraktion mit Mehrheit beschlossen, die bisherige Abstinenzpolitik aufzugeben und eine Koalition zu unterstützen, die für Freiheit und Recht eintritt. Der Parteiausschuß der italienischen Sozialdemokratie verurteilte diesen Beschluß. Die hiermit notwendig gewordene Auseinandersetzung soll nunmehr auf einem außerordentlichen Parteitage, der im Juli abgehalten wird, erfolgen. Es ist anzunehmen, daß dieser Parteitag, Serati, der gegen den Beschluß der sozialistischen Kammerfraktion ist, als Führer der Opposition eine Absage erteilt.

Heute Beratung der Zwangsanleihe.

Aus Berlin schreibt man uns:

Die Beratungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hinter den Kulissen haben, wie jetzt bekannt wird, den Zweck gehabt, über die Umgestaltung des Erbschaftssteuergesetzes ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. Die genannten Parteien fordern jetzt, daß gleichzeitig mit der ersten Lesung des Zwangsanleihegesetzes auch die Beratung ihrer Anträge zur Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes beraten werden. Die Volkspartei droht mit einer Verschleppung der Zwangsanleihe, falls dem gemeinsamen Wunsche der Rechten nicht entsprochen wird, und stellt die Angelegenheit so dar, als ob die Abänderungsanträge zum Umsatzsteuergesetz die Erfüllung eines Teils des Kompromisses darstellt. — Wie uns hierzu von der Reichstagsfraktion mitgeteilt wird, ist diese Auffassung falsch. Die Zwangsanleihe, die, nebenbei gesagt, als ein Teil der Finanzreform der Entente notifiziert wurde, ist ein Teil des Kompromisses. Sie muß jetzt erledigt werden, weil ein Teil der Eingänge der Zwangsanleihe noch für das Etatsjahr 1922 Verwendung finden muß. Die Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes ist von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei als notwendig proklamiert worden, als vor Abschluß des Kompromisses über die Beckersche Denkschrift gesprochen wurde. Die Deutsche Volkspartei hat damals nur behauptet, daß die Bestimmungen des Erbschaftssteuergesetzes der Geldentwertung angepaßt werden müßten, wenn eine solche Anpassung für andere Steuergesetze stattfinden sollte. Daß das geltende Erbschaftssteuergesetz infolge der Geldentwertung die Erben kleiner und mittlerer Vermögen hart trifft, ist nicht zu bestreiten. Der Steuerausschuß wird sich deshalb in aller Ruhe mit dem Initiativantrag der Deutschen Volkspartei befassen. Soweit wir unterrichtet sind, ist über die Behandlung dieses Antrages eine Verständigung bereits angebahnt. Zur Aufregung ist also keine Ursache. So einfach werden die Herren von der Deutschen Volkspartei von dem Kompromiß-Standpunkt der Zwangsanleihe nicht wegkommen.

Außer der Zwangsanleihe wird von voreiligen Journalisten auch die Abstimmung über die Getreideumlage als Krisenpunkt für das Kabinett Wirth bezeichnet. Man hat ohne Klarheit über die politische Situation in den kommenden Tagen zu haben, bereits zahlenmäßig einen Sturz des Kabinetts Wirth errechnet. Demgegenüber ist festzustellen, daß erst die kommenden Tage abgewartet werden müssen, um eine Uebersicht über die Gestaltung der politischen Situation im Laufe der kommenden Woche zu gewinnen. Das ist um so mehr erforderlich, als fast sämtliche Fraktionen des Reichstages zu dem Gesetzentwurf über die Getreideumlage, wie er vorliegt, noch keine endgültige Stellung genommen haben.

Kommunisten gegen eine Arbeiterregierung.

SPD. Dresden, 16. Juni. (Drahtbericht.)

Die Kommunisten im sächsischen Landtag haben in der am Donnerstag erfolgten Abstimmung über den Polizeietat sich ablehnend verhalten und so das Bestreben der bürgerlichen Parteien, die Regierung unmöglich zu machen, unterstützt. Zwar tritt das sächsische Kabineit jetzt noch nicht zurück, aber es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sein Rücktritt erfolgt, sobald der Gesamtetat abgelehnt werden sollte. Hiermit ist zu rechnen, so daß dann von der Sozialdemokratie der Termin zur Neuwahl in Sachsen bestimmt und damit der Volksentscheid für die Auflösung des Landtags hinfällig wird. Die bürgerliche Presse, darunter vor allem der Korrespondent des „Berliner Tageblatt“, gibt bereits seiner Freude über die kommunistische Unterstützung Ausdruck. In der heutigen Morgenausgabe des genannten Blattes heißt es unter anderm: „Vorläufig kann von einer ernsten Krise noch nicht gesprochen werden, denn die wirkliche Entscheidung wird erst fallen, wenn über den Gesamtetat abgestimmt wird. Stimmen die Kommunisten dann abermals gegen die Regierung, dann dürfte es mit dem reinen sozialistischen Regiment in Sachsen vorbei sein, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dann die Regierung entweder zurücktreten, oder, was vielleicht wahrscheinlicher ist, den Weg zur Umgestaltung des Kabinetts beschreiten wird, das heißt, auf die bisherige Unterstützung der Kommunisten offiziell verzichten will und sich auf irgend eine Weise ein Stück weiter nach der Mitte orientiert.“

Die Uebergabe Oberschlesiens.

WTB. Oppeln, 16. Juni.

In der elften Abendstunde sind die Bestimmungen, betreffend die Uebergabe der Deutschland und Polen zuerkannten Gebietsteile durch die interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission von Oberschlesien auf Grund des in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 von der interalliierten Regierungskommission und Vertretern Deutschlands und Polens unterzeichnet worden. Anschließend an die Unterzeichnung ist die Grenze notifiziert worden. Die näheren Bestimmungen werden morgen veröffentlicht.

Zwischen dem deutschen und polnischen Vertreter der Eisenbahnverwaltungen ist vereinbart worden, daß die Uebergabe des gesamten Eisenbahnbetriebes durch den polnischen Beamtenapparat in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag erfolgt.

Die Internationale 2½ hat in Frankfurt eine Sitzung abgehalten, an der u. a. Adler-Oesterreich, Crispien-Deutschland, Longuet-Frankreich, Wallhead-England, mit beratender Stimme, Cermak-Tschechoslowakei sowie Martow und Schreiber-Rußland teilgenommen haben. Die Versammlung hat die Tagesordnung für die allgemeine internationale Konferenz in Karlsbad am 16. 9. 22 festgesetzt.

Stand des Dollars (vorbörslich) 316.

Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig.

Eine Novelle von Franz Werfel.

[16]

Sie wissen nichts von mir. Sie wollen gewiß auch nichts von mir wissen. Jetzt aber nehme ich Abschied von Ihnen für ewig. Denn ob es mir gelingt oder mißlingt, ich habe mein Leben fortgeworfen und werde es höchstwahrscheinlich in kurzer Zeit lassen müssen. Aber daß es so ist, erfüllt meine Seele mit Glück. Denn wer bin ich, um Ihnen nahe kommen zu dürfen?“

Sie zog fein ihre Hand zurück und sagte: „Es ist gut, daß wir voneinander Abschied nehmen müssen. Mir fehlt ja alles, das Wichtigste. Wem kann ich noch etwas sein?“

Ich hörte einen Klang in ihrer Stimme, der sich mir entgegenneigte. Und dennoch, alles war so hoffnungslos.

Plötzlich krampfte sich ihre Hand zur Faust.

Sie flüsterte wie gerstesabwesend:

„Tun Sie es nicht! Ueberlassen Sie es Hippolyt, überlassen Sie es Jegor!“ . . .

Dann, als wüßte sie nicht, was sie eben gesagt hatte, gleichmütig:

„Ja! Wir werden uns wohl nicht wiedersehen, wir alle nicht. In vier Tagen werden Sie vor dem Untersuchungsrichter stehen — und wir — nun, wir auch, wenn wir nicht sogleich ausgeliefert werden. Doch — es ist gut so! Endlich!“

Eine Hand legte sich auf die meine.

Beschitzer wandte sich mir zu. Seine schweren Tränensäcke, die roten Lidränder gaben ihm ein trauriges und müdes Aussehen:

„In keinem Augenblick der Prüfung, Bruder, vergiß die Sinnlosigkeit des Lebens! Bedenke, daß all unser Treiben, Essen, Trinken, Reden, Schlafen, Spielen der wahre Tod ist, und daß wir unser Leben erst vom Tode erwecken, indem wir ihn zu einem gewollten Ziel erheben und dadurch zum Leben aller Leben machen, reicher an Entzückungen, Freuden, Ekstasen und glückseligen Schmerzen, als nur eine ahnt.

Ich bin alt genug, um zu wissen, daß aller ideologische Hochmut und alle Erlösermühe vergeblich sind. Aber was ist der Sinn dieses sinnlosen Menschenlebens? Ich sehe nur einen Sinn: Niederen Wahn mit höherem Wahn zu vertauschen! Du fragst mit Recht: Was heißt denn das: Höherer Wahn? Was ist der Gradmesser allen Wahns? Nun, lieber Bruder Duscheck, ich gebe Dir zur Antwort: Der Wert eines Wahns nimmt mit abnehmender Dichtigkeit seiner egoistischen Tendenz zu! Das ist doch klar. Im übrigen! Höchster Zweifel bei höchster Illusionskraft ist die Lebenskunst des wahren Genies. Wahnfähigkeit zeigt ein großes Herz, Zweifelfähigkeit einen starken Kopf. Eins ohne das andere ist ekelhaft — ekelhaft sind mir die Illusionisten, was, ich sag's grad heraus, die romantischen Goim, fast noch ekelhafter aber sind mir die jüdischen Entwerter!“

„Ist, was wir vorhaben, was wir tun, nicht Romantik?“

„Es ist, — hol's der Teufel, — es ist trotz allem Hoffnung.“

Noch andere Lehren gab mir der Alte.

Angst ist immer ein Irrtum! Wiederhole Dir diesen Satz mit ruhiger, innerer Stimme immer wieder angesichts der Tat und vor Gericht.

Dieser Satz ist eine Arznei. Er lehrt Dich das Leben richtig einschätzen. Was kann Dir denn geschehen? Bedenke, daß unsere Natur so gnädig ist, nur soviel Schmerz bewußt werden zu lassen, als sie ertragen kann. — Und das ist gar nicht so viel. Dreiviertel unserer Schmerzen sind Einbildung, daß etwas wehe tut, pure Konzentrationen der Aufmerksamkeit auf eine recht geringe Schmerztatsache.

Das Ticken einer Taschenuhr in der Stille der Nacht oder gar im Traum gleicht den mächtigen Axtschlägen der Holzhacker.

Nicht anders ist es mit unsern Schmerzen, die des Menschen angsterfüllte Aufmerksamkeit übertreibt.“

Noch an einen Ausspruch Beschitzers erinnere ich mich:

„Jeder anständige Mensch glaubt an zweierlei: an die Unsterblichkeit des Lebens und an die Geringfügigkeit alles Individuellen. Wie kann also der Tod furchtbar sein, da ja das Leben unsterblich und der Bestand des gerade So und So geborenen Ich weiter nicht wünschenswert ist?

Und dienen wir der Unsterblichkeit des Lebens, die wir mit unserer Form zu verlieren zittern, nicht am besten, indem wir den passiven Tod ausschalten, uns dem unsterblichen Lebensstrom der Liebe anpassen und einem Menschen oder einer Wahrheit zu Liebe den Tod willkürlich erleiden?

Heroismus ist nichts als höhere Intelligenz.“

Eine Stunde war vergangen. Der Alte erhob sich und gebot Schweigen:

„Die Zeit ist da! Wir müssen Abschied voneinander nehmen und uns in der Stadt und in den Dörfern so gut verbergen, als nur möglich. Ob wir ergriffen werden oder freibleiben, keiner darf vom andern das Geringste wissen. Ihr vermeidet es, Euch zu begegnen! Einzig und allein ich bin es, den Ihr an dem bekannten Ort und zur bekannten Stunde aufsuchen dürft. Und nun, genug!“

Schweigend traten wir zueinander, schweigend umarmten wir uns. Ich wußte: Keinen werde ich je wiedersehen.

Sinaida! Ueber ihr strenges Gesicht lief keine Träne. Sie stand ganz still. Ihre Augen warteten und zogen, einmal, ganz kurz, zuckte ihr Mund. Sie machte ein Schrittchen nach vor — langsam — das erste- und letztemal im Leben neigte ich meinen Mund diesem wahnsinnig zärtlichen Duft entgegen und küßte sie.

*

Wilder Ruf gellte, grell brach ein Lichtquadrat durch die aufgeklappte Falltüre. Der Schiefäugige schwankte mit seiner Diebslaterne hinab. Keuchend:

„Damn it! Soldiers! Policemen! Fifty, hundred, fivehundred! Run away! Flee! I am lost! Every door is guarded!“

Viele Menschen drängten sich durch die Falltüre, traten aufeinander, fielen die Stiege hinab, kämpften um den Eingang oder kugelten sich auf dem Boden unseres Kellers. Sie glichen im scharfen Licht der Blendlaterne strapazierten Puppen eines Jahrmarkttheaters.

Der Neger in weißem Flanellanzug gebärdete sich wahnsinnig, der Matrose kroch am Boden, der Syphilitiker grüßte gleichmütig und klapperte mit den Goldstücken in seiner Hosentasche. Der Meßner und einige Gespenster jammerten laut.

Verdächtige Paare in unordentlicher Kleidung schlichen verstört umher und hatten noch nicht die Besinnung gefunden, die ausgelöschten Kerzenleuchter, die sie in der Hand trugen, wegzustellen.

Die Männer nestelten nervös an geheimen Knöpfen ihres Anzuges, die Weiber kreischten roh und schleiften, schlampig breiten Schrittes, die Schnürriemen ihrer hohen Stiefel nach.

Breitspurig, hohnlachend stand der riesige Kerl in Uniform da.

Es war ein sinnlos tolles Wirbeln, gedämpftes Jammern und Pst-Rufen!

Eine Stimme: „Die Türe zu!“

Eine andere: „Noch nicht! Es sind noch nicht alle da!“

„Wer fehlt noch?“

„Die Opiumraucher!“

Durch die Falltüre floß das übernatürliche Mondlicht; in dem kraftlosen Strahl tanzten die Stäubchen abgewandter Welten.

Und jetzt geschah etwas Seltsames.

Langsam und mondsüchtig, jeder mit einer kleinen Kerze in der Hand, Abstand haltend im Gänsemarsch, stiegen die Opiumraucher die steile Treppe hinab, allen voran Herr Seebär. Von seinem Zylinder hatte sich der Trauerflor losgelöst und wehte hinter ihm her wie eine Fahne für die andern.

Jetzt erst, in diesem Verwesungslicht bemerkte ich, daß die meisten dieser alten Männer Backenbärte trugen, dünn und zerfleddert. Die werden, fiel mir ein, an der Totenmaske hängen bleiben.

Endlich waren alle unten.

Keiner mukste. Wie eine Gesellschaft von durch ein Erdbeben aus dem Spital aufgescheuchten Sterbenden bewegte sich alles im Schein der Windlichter durcheinander.

„Auslöschen,“ schrie einer plötzlich. Ich fand Sinaida und ließ sie nicht von meiner Seite.

Jetzt brannte nur mehr ein einziges gut abgeblendetes Licht.

Es geschah, daß sich alle um mich scharten und mich gleichsam durch stumme Abstimmung zum Führer wählten.

Ja — und das war ich auch!

Niemals vor Soldaten, an der Spitze meines Zuges, selbst wenn ich hinter der Regimentsmusik her durch das Städtchen marschierte, hatte ich mich als Führer gefühlt.

Entschlossenheit klopfte gleichmäßig in mir. Ich schnallte mir den Säbel um, ordnete bedachtsam die Rückenfalten meines Waffenrockes, zog die Handschuhe an und ließ meinen Blick über die aufgestörten Schatten schweifen, die mich anrührten wie einen Helfer, einen Retter.

Meine Freunde, die Russen, standen wortlos um das einzige Licht, das kaum einen Strahl hergab. Sie verschmähten es, sich in den Winkeln der riesigen Kellereien zu verstecken.

Sinaida war in dem Augenblick von meiner Seite getreten, als ich mir, gewiß mit einer allzu ausgreifenden Bewegung, den Säbel umgeschnallt hatte.

Nun stand sie stumm trotzig und unbestimmt da, während ihr allein das Licht eine schwache weiße Hand auf die Stirne legte.

(Fortsetzung folgt.)